



Kindertagesbetreuung wird um 100.000 Plätze ausgebaut

Die Kindertagesbetreuung trägt dazu bei, den Grundstein für den späteren Bildungs- und Berufsweg zu legen und stärkt die Integration. Kindertagesbetreuung unterstützt Familien in ihrer Bildungs- und Erziehungsverantwortung und trägt damit maßgeblich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Deswegen ist und bleibt der Kindertagesbetreuungsausbau ein wichtiges Thema für die CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, denn in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen besteht nach wie vor ein großer Bedarf an Betreuungsplätzen, insbesondere für Kinder unter drei Jahren.

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz im Jahr 2005 sowie dem Kinderförderungsgesetz im Jahr 2008 und dem darin verankerten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wurden die gesetzlichen Grundlagen für den beschleunigten Ausbau des Betreuungsangebots geschaffen.

Bund, Länder und Kommunen haben seitdem den Ausbau der Kindertagesbetreuung enorm vorangetrieben. Mit den Investitionsprogrammen „Kinderbetreuungsfinanzierung“ unterstützt der Bund den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bundesweit mit insgesamt 3,28 Milliarden Euro.

Für die Investitionskostenzuschüsse hat der Bund bereits im Jahr 2007 das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ aufgelegt, Betriebskostenzuschüsse werden seit 2009 über einen Festbetrag zugunsten der Länder bei der Umsatzsteuerverteilung bereitgestellt. Seit 2015 stellt der Bund jährlich 845 Millionen Euro für Betriebskosten zur Verfügung, in den Jahren 2017 sowie 2018 erhöht er diese Unterstützung jeweils noch einmal um 100 Millionen Euro. Das entspricht einer Gesamtsumme von 6,26 Milliarden Euro Betriebskostenzuschüssen von 2009 bis 2018.

Zu Beginn der Investitionsprogramme im Jahr 2008 befanden sich 361 623 Kinder unter drei Jahren bundesweit in Kindertagesbetreuung, das entspricht einer Betreuungsquote von 17,6 Prozent.

2016 hat sich die Betreuungsquote fast verdoppelt: Sie liegt nun bei 32,7 Prozent (719 558 betreute Kinder). Trotz dieses Erfolgs ist der Ausbau der Angebote für unter Dreijährige bei Weitem noch nicht abgeschlossen.

Deswegen werden dem Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ in den Jahren 2017 bis 2020 weitere Mittel in Höhe von insgesamt 1 126 Millionen Euro zugeführt, um den Betreuungsausbau schnell und qualitativ fortzuführen. Durch die gemeinsame Finanzierung von Bund und Länder sollen so 100 000 zusätzliche Plätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt entstehen.

Die Mittel des Bundessondervermögens werden entsprechend der Anzahl der Kinder unter sechs Jahren auf die Länder verteilt, so dass Nordrhein-Westfalen mit ca. 243 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung rechnen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



am Dienstag wurden in Berlin die Förderbescheide für den Breitbandausbau im Kreis Warendorf übergeben. Das war ein großer Tag für den Wirtschaftsstandort Kreis Warendorf!

Gemeinsam mit Landrat Dr. Olaf Gericke und der GfW-Geschäftsführerin, Petra Michalczak-Hülsmann, habe ich der Übergabe durch den Parl. Staatssekretär Enak Ferlemann MdB im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur beigewohnt. Das Volumen der Förderbescheide beträgt 29,66 Millionen Euro. Damit erhält der Kreis eine der höchsten Fördersummen. Das allein zeigt, dass wir alles richtig gemacht haben! Im Vorfeld hatte ich eine Breitbandkonferenz in Oelde mit Vertretern des Breitbandbüros und den Verwaltungsspitzen aller Städte und Gemeinden des Wahlkreises initiiert. Hierbei wurde frühzeitig über die Förderrichtlinien informiert, so dass eine optimale Antragstellung möglich war. Den weiteren Prozess habe ich kontinuierlich begleitet. In diesem Zusammenhang lobe ich ausdrücklich die sehr gute Beratung durch das Breitbandbüro des Bundes. 30 Millionen Euro ist eine gewaltige Summe, welche noch durch eine Kofinanzierung des Landes NRW aufgestockt wird. Ergänzt durch den vorgeschriebenen 10-Prozent-Eigenanteil des Kreises Warendorf stehen so insgesamt 59,5 Millionen Euro zur Verfügung, um „weiße Flecken“ mit schnellen Internetanschlüssen zu versorgen. Davon profitieren Bürger und Wirtschaft des Kreises unmittelbar. Damit sind wir für die Zukunft gut aufgestellt! Diese und weitere Themen und Termine begleiteten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Austausch mit Vertretern der Deutschen Reiterlichen Vereinigung e.V. (FN)
- Anhörung des Verkehrsausschusses zum Entwurf des Straßenverkehrsgesetzes
- Meinungsaustausch der AG Kommunalpolitik zum Entwurf des „Verpackungsgesetzes“
- Gemeinsame Sitzung von Bundestag und Bundesrat zur Vereidigung des Bundespräsidenten
- Gespräch mit dem Staatssekretär des BMVI Michael Odenwald zum Thema der LKW-Parkraumbewirtschaftung
- Austausch der CDU-Abgeordneten des Münsterlandes und Vertretern der EUREGIO
- Plenardebatten zur Infrastrukturabgabe

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und ein erholsames Wochenende.

Ihr

Reinhold Sendker MdB



Offenheit ist Garant für Spitzenforschung und Innovation

Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung ist wichtig

Von Dr. Claudia Lücking-Michel MdB:

Die neu aufgelegte Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung kommt zur rechten Zeit. Der Brexit und der Einreise-Stopp für eine Reihe von Ländern durch die USA stehen für einen Isolationismus, der auch gravierende Auswirkungen auf die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung hat.

Die Bundesregierung zeigt dagegen: Offenheit, nicht Abschottung, ist Garant für Spitzenforschung und Innovation und damit für unseren Wohlstand. Wir werden die internationale Zusammenarbeit mit Partnern in Europa und weltweit ausbauen. Eine Anmerkung bei der Pressevorstellung der Strategie bringt es auf den Punkt: „Der wahre Ego ist kooperiert.“ Das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen für Herausforderungen wie globale Gesundheit und Folgen des Klimawandels sowie die Sicherung qualitativvoller Bildungs- und Ausbildungswege sind für uns alle von hohem Interesse.

Das heißt konkret: Wir steigern die Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern und unterstützen den Ausbau des Europäischen Forschungsraums: die besten Talente für Deutschland zu gewinnen, ist Voraussetzung für Forschung an der Weltspitze.

Wir setzen kreative Ideen noch schneller in Produkte und Verfahren um und müssen dafür auch international mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen noch stärker zusammenarbeiten, denn wir wollen mindestens viertstärkste Industrienation bleiben. Wir bauen internationale Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung aus. Von interkultureller Erfahrung profitieren deutsche Fachkräfte, zugleich ist das deutsche Modell der beruflichen Bildung weltweit ein Vorbild und kann helfen, Zukunftsperspektiven vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern zu schaffen.

Wir stärken auch die Wissenschaftssysteme in diesen Ländern, damit sie selbst Experten ausbilden können, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vor Ort voranbringen können. Und wir unterstützen Bildung und Forschung weltweit, die hilft, die Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen.

Foto: CDU/CSU-Fraktion

Versorgungssicherheit und stabile Strompreise gewährleisten



RWE-Finanzvorstand Dr. Markus Krebber, innogy-Public-Affairs-Manager Dr. Peter Heinacher, Dr. Matthias Heider, Matthias Hauer (Bundestagsabgeordneter für Essen) Foto: Büro Dr. Heider MdB

Es sind viele Themen, die Deutschlands zweitgrößten Energieversorger umtreiben. Besonders die Versorgungssicherheit und die Stabilität des Strompreises waren Thema beim Gespräch von Vertretern der Landesgruppe NRW mit dem Energiekonzern RWE.

Beim vom Energiekoordinator der Landesgruppe, Dr. Matthias Heider, organisierten Gespräch in Essen warb RWE-Finanzvorstand Dr. Markus Krebber für einen breiten Energiemix. So könne eine zu starke Abhängigkeit von Gas aus Osteuropa verhindert werden, womit die Versorgungssicherheit auch in Wintermonaten erhöht werde.

Von Seiten der Landesgruppe warnte Matthias Heider vor den Folgen der Vereinheitlichung von Netzentgelten, einem Bestandteil des Strompreises, der sich gerade auch auf Industriekunden auswirkt. „Damit droht der NRW-Wirtschaft eine zusätzliche Belastung über den Strompreis von über 500 Millionen Euro“, so Heider.

Auch die RWE-Vertreter warnten vor dem Gesetz: Es sei bei Belastungen dieser Größenordnung mit Arbeitsplatzverlusten zu rechnen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 05/2017,
23. März 2017

Landesgruppe NRW

der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:

fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck